

Ressort: Politik

Altmaier offen für Gespräche über Staatsbeteiligung an Zwischenlager-Kosten

Berlin, 15.06.2013, 12:06 Uhr

GDN - Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) ist zu Gesprächen mit der Atomindustrie über die Beteiligung des Staates an den Kosten für die Zwischenlagerung von Atommüll bereit. "Die Finanzierung der Endlagersuche ist Aufgabe der Kraftwerksbetreiber. Sie stehen aber auf dem Standpunkt, dass die Zwischenlagerung der Castoren an einem anderen Ort als Gorleben von der Politik verantwortet und finanziert wird. Darüber werden wir reden", sagte er der "Bild am Sonntag".

Gleichzeitig lobte Altmaier, dass die Kraftwerksbetreiber bei der Rücknahme des Atommülls ihrer Verantwortung gerecht werden: "Den Müll, der sich aus der Wiederaufarbeitung noch im Ausland befindet, müssen und werden wir zurücknehmen. Das ist Aufgabe der Kraftwerksbetreiber. RWE, Vattenfall, Eon und EnBW haben in einer großen solidarischen Anstrengung ihre Bereitschaft erklärt, Verantwortung zu übernehmen. Erst auf dieser Basis war der Kompromiss möglich." Nach den Worten des Ministers werde Deutschland noch Jahrzehnte brauchen, bis ein Endlager für abgebrannte Kernbrennstoffe gefunden worden sei. "Bis dahin benötigen wir einige der 14 Zwischenlager bei den Kernkraftwerken, die es heute schon gibt." Frust darüber, dass er die Vollendung des Projekts Endlager nicht mehr als Umweltminister erleben wird, hegt Altmaier nicht: "Ich werde das gelobte Land vielleicht noch sehen, aber nicht mehr betreten. Aber man muss den Mut haben, anzufangen, auch wenn den erfolgreichen Abschluss eines solchen Projektes dann eines Tages andere gestalten." Der Minister weiter: "Ich habe mir vorgenommen, dieses Thema, das alle Umweltminister seit der Wiedervereinigung lösen wollten, zu klären. Mein Ziel ist es, dass wir eine Chance haben, ein Endlager zu bauen, das auch von den Menschen in der betroffenen Region akzeptiert wird. Dies ist ein weiter Weg."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-15909/altmaier-offen-fuer-gespraech-ueber-staatsbeteiligung-an-zwischenlager-kosten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619